

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



URL: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Finanzen-Finanzkrise-Banken;art130,2955980>

Nach dem tiefen Fall

Gefahr aus den Glaspalästen

Die nächste Krise kommt bestimmt. Neue hektische Rettungsaktionen wollen die Regierungen um jeden Preis verhindern. Doch Politik und Finanzwirtschaft sind uneins über die Lehren aus dem Crash.



Hoch hinaus wollten die Banken, viele haben sich verspekuliert und sind tief gefallen. Die Regierung will sich gegen neue Bankenpleiten wappnen, doch wie? - Foto: ddp
Von Carsten Brönstrup und Henrik Mortsiefer
22.11.2009 0:00 Uhr

Berlin - Es war wieder eine dieser Wochen, in denen sich Josef Ackermann nicht unbedingt beliebter gemacht hat in der Republik. Eigentlich hatte der Chef der Deutschen Bank mit wegweisenden Reden auf prominent besetzten Branchentreffs gut Wetter machen, über das nahe Ende der Krise und die Lehren daraus sprechen wollen. Doch wenige Sätze genügten, und schon am Montag war alles Makulatur. Man werde „akzeptieren müssen, dass der Staat am Ende der Aktionär der letzten Instanz bleibt“, hatte Ackermann mit Blick auf zukünftige Krisen gesagt – und damit große Empörung bei Politik und Konkurrenz entfacht.

Der Manager rührt damit am Kern der Finanzkrise und an der Frage, wie man verhindert, dass noch einmal unkontrolliert Banken rund um den Globus in sich zusammenfallen. Ackermann will einen europaweiten Fonds einrichten, der angeschlagene Kreditinstitute vor dem Kollaps rettet oder sie abwickelt. Befüllen sollen diesen Topf Banken und Staat gleichermaßen. Der Steuerzahler wäre also wieder im Boot.

Protest kam prompt. „Damit müsste weiterhin die Allgemeinheit für die Abenteuer der Banker bluten“, findet etwa Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Grünen. „Der Staat und die Gesellschaft dürfen nicht mehr erpressbar sein“, pflichtet ihm Uwe Fröhlich bei, Präsident des Bundesverbandes der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). „Unsere Demokratien werden eine so umfangreiche

Unterstützung des Finanzsektors mit dem Geld des Steuerzahlers nicht zweimal akzeptieren“, schwant es Jean-Claude Trichet, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank.

Ackermann ist der erste Großbanker, der einen derartigen Vorstoß wagt. Er ist brisant: Gerade erst wird klar, welche Bürden die Steuerzahler in den kommenden Jahren als Folge der Finanzkrise zu schultern haben – und schon spricht der Schweizer von neuen Lasten. Seine Vorstandskollegen bei anderen Privatbanken waren überrascht, werden sich bei einem Treffen an diesem Montag aber hinter ihn scharen. So wie es Jamie Dimon, Chef der US-Großbank JP Morgan, schon getan hat. „Wir müssen dafür sorgen, dass auch eine große Bank wieder bankrott gehen kann“, sagte er kurz nach Ackermanns Rede.

Dabei ist der Deutsche-Bank-Chef nicht der Vater der Fonds-Idee. Wenige Tage vor Ackermann hatte der Wirtschafts-Sachverständigenrat eine ähnliche Lösung ins Spiel gebracht. Je nachdem, wie groß eine Bank ist und wie wichtig für das Bankensystem, solle sie in den Fonds einzahlen, schreiben die Forscher in ihrem neuen Gutachten. Der Fonds „würde die Anreize, systemisch zu werden, abschwächen und so die Intensität zukünftiger Krisen reduzieren“. Allein: Die Banken sollen die Sache unter sich regeln, ohne den Staat, empfehlen die fünf Weisen.

Hinter Ackermanns Vorstoß könnte indes ein ganz anderer Grund stehen. Die Diskussion um schärfere Strafen und Regeln für die Branche gewinnt gerade erst an Schwung. Viele Ideen sind auf dem Markt: So gewinnt der Vorschlag, die Banken zu drastisch erhöhten Eigenkapitalquoten zu verdonnern, an Zulauf. Eine Pflicht zu höheren Kapitalpolstern würde riskante Geschäfte erschweren.

Die USA diskutieren derweil darüber, Banken zu zerschlagen, die zu einer Gefahr für das System geworden sind. Das erwägt auch Mervyn King, Gouverneur der Bank of England. Als „möglichen Weg“ sieht BVR-Chef Fröhlich eine Trennung von Geschäfts- und Investmentparten. „Dann könnte man Banken eindeutiger bestimmten Geschäftsmodellen und damit verbundenen Risiken zuordnen und zielgenauer zwingen, riskante Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu unterlegen.“ Und Grünen-Finanzexperte Schick kann sich für sogenannte Testamente der Banken erwärmen, Notfallpläne also, „die Sollbruchstellen vorsehen“. Damit könne man eine Bank in einer Krise leichter retten oder abwickeln – zumal ein Institut so weniger komplex würde.

Großbritanniens Premier Gordon Brown macht sich dagegen neuerdings für eine Transaktionssteuer auf Finanzgeschäfte stark. Beliebt ist auch der Gedanke, die Banken für die Lasten der Krise an die Allgemeinheit zahlen zu lassen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) will im Auftrag der 20 wichtigsten Industrieländer bis zum Frühjahr einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten. Schweden setzt dies bereits um und erhebt von den Finanzinstituten eine Art Steuer auf deren Verbindlichkeiten, die dem Staat zufließt.

Für Deutsche-Bank-Chef Ackermann und seine ehrgeizigen Renditeziele ist jeder dieser Vorschläge brandgefährlich, er würde den Gewinn schmälern oder gar den Fortbestand der Deutschen Bank in der bisherigen Form gefährden. Der Rettungsfonds käme ihm vermutlich viel billiger, zumal bei einer Beteiligung des Staates. Doch aus der Idee wird wohl vorerst nichts – dafür sorgte die Bundeskanzlerin am Freitag höchstpersönlich. „Einfach einen Fonds einzurichten,

mit einer Mischung aus Steuer- und Bankengeldern, reicht nicht“, ließ ihn Angela Merkel wissen.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 22.11.2009)